

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 47 (1955)

Heft: 7-8

Artikel: Der Christ in der freien Gewerkschaftsbewegung

Autor: Auf der Maur, Werner

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Christ in der freien Gewerkschaftsbewegung

Die Stellung des gläubigen Christen in der freien Gewerkschaftsbewegung ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen und Auseinandersetzungen. Kürzlich hat der Bischof von Genf, Lausanne und Freiburg, Monsignor Charrière, auf einer Tagung des christlichen Verkehrspersonals zwar sehr anerkennende Worte für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dessen Funktionäre, mit denen er gute Verbindungen hat, gefunden, aber trotzdem die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften nachzuweisen versucht. Statt uns mit seinen Ausführungen auseinanderzusetzen, bringen wir nachstehend den Artikel eines praktizierenden Katholiken und aktiven Vertrauensmannes. Es scheint uns, seine Darlegungen seien es wert, nicht nur einem weitem Kreis von Katholiken, sondern auch nichtkatholischen Gewerkschaftern zur Kenntnis gebracht zu werden.

Wenn von Politik und Gewerkschaft gesprochen wird, denkt wohl mancher unserer Vertrauensleute in erster Linie an die Vorwürfe, die dem Gewerkschaftsbund immer wieder von katholischer und christlich-sozialer Seite gemacht werden. Da ich selber überzeugter und praktizierender Katholik bin, berührt mich dieses Problem persönlich, und ich möchte versuchen, es in den nachstehenden Zeilen als Katholik und Gewerkschafter zu behandeln.

Kirche und Gewerkschaft

In erster Linie muß hier festgehalten werden, daß die katholische Kirche die Gewerkschaft nicht nur *nicht ablehnt*, sondern sie geradezu *wünscht*. Wohl haben kirchliche Behörden im vergangenen Jahrhundert Weisungen erteilt, wenn und wo immer möglich, *christliche* Gewerkschaften zu gründen. Dies galt aber in erster Linie für ausgesprochen katholische Länder und war nie gegen wirklich *freie* Gewerkschaften, sondern eindeutig gegen die damals vielfach ausgesprochen marxistischen Gewerkschaften gerichtet. Zudem wurde dieser Marxismus nicht etwa in erster Linie als Wirtschaftsidee, sondern wegen seiner atheistischen und von reinem diesseitigem Materialismus getragenen Ethik abgelehnt. Dem Programm des heutigen Schweizerischen Gewerkschaftsbundes kann deshalb kein Katholik und kein Kirchenlehrer etwas vorwerfen. Dies wurde von dieser Seite auch erkannt, und deshalb wird der Kampf nicht gegen den Gewerkschaftsbund als solchen geführt, sondern gegen seine angebliche Abhängigkeit von der angeblich marxistischen Sozialdemokratischen Partei. Dabei scheut man sich nicht, Aussprüche und Gegebenheiten aus dem vergangenen Jahrhundert hervorzuziehen und geht über die heutige Wirklichkeit geflissentlich hinweg. Der ganze diesbezügliche Kampf geht von der Katholisch-konservativen Volkspartei und der von ihr abhängigen christlich-sozialen Bewegung aus. Er ist deshalb nicht in erster Linie doktri-

när, das heißt religiös, sondern vielmehr *politisch* zu werten. Die Religion ist hier leider wieder einmal mehr Mittel zum Zweck. Selbstverständlich kann der überzeugte Katholik die Religion nicht von der Politik trennen, das heißt er kann nicht einer politischen Richtung oder einem Wirtschaftsverband angehören, die den Grundsätzen seiner religiösen Ueberzeugung zuwiderlaufen. Diese religiöse Ueberzeugung wird nun aber durch das Programm des Gewerkschaftsbundes in keiner Weise verletzt. Ja, man kann noch weitergehen; auch wenn (was nicht zutrifft) Gewerkschaftsbund und Partei voneinander abhängig wären, so wäre im Programm der heutigen Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nichts mehr zu finden, was mit der religiösen Ueberzeugung eines Katholiken nicht vereinbar wäre. Nachdem auch die Sozialdemokratische Partei den Bruch mit dem Kommunismus endgültig vollzogen hat und die reine Klassenkampf- und Materialismustheorie fallen ließ, kann darüber kein Zweifel mehr aufkommen.

Divide et impera!

Man kommt deshalb um den Eindruck nicht herum, daß die ganze Hetze gegen die freien Gewerkschaften sozusagen ausschließlich aus Parteiinteressen und nicht aus religiösen Erwägungen heraus erfolgt. Es ist ja übrigens nicht uninteressant, daß diese Hetze auch von der radikal-kapitalistischen Seite übernommen wird, und zwar einzig deshalb, weil diese Kreise an jeder separatistischen Bewegung innerhalb der Gewerkschaften nach der Losung «teile und herrsche» interessiert sind.

Diese Ansichten nützen uns jedoch bei der Diskussion mit voreingenommenen Andersdenkenden nicht viel. Wir müssen uns deshalb wohl oder übel mit ihren Anschuldigungen über die vermeintliche Abhängigkeit des Gewerkschaftsbundes von der Sozialdemokratischen Partei befassen. Ich habe bereits dargelegt, daß dem Gewerkschaftsbund weder in religiöser noch in demokratischer Hinsicht der geringste Vorwurf gemacht werden kann. Diese Vorwürfe richten sich denn auch nicht gegen den Gewerkschaftsbund als solchen. Hingegen versucht man mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu beweisen, der Gewerkschaftsbund sei gewissermaßen eine Ablage der Sozialdemokratischen Partei, er sei von dieser Partei abhängig und von ihr inspiriert, und durch die Mitgliedschaft beim Gewerkschaftsbund unterstütze man somit mit seinen Beiträgen die sozialistisch-marxistische Richtung.

Die Hauptargumente der sogenannten Christlichen für ihre Behauptungen sind im großen und ganzen die folgenden:

1. Die Tatsache, daß in den leitenden Stellen des Gewerkschaftsbundes zum großen Teil Sozialdemokraten sitzen.

2. Die Unterstützung, die der Gewerkschaftsbund gewissen Forderungen und Postulaten der Partei angedeihen läßt.
3. Die Listenverbindungen lokaler Gewerkschaftskartelle mit der Sozialdemokratischen Partei.
4. Die teilweise Verwendung einer gleichen Zeitung als offizielles Publikationsorgan.
5. Vereinzelte Fälle, wo die Sozialdemokratische Partei bei Wahlen auch finanziell durch ein lokales Gewerkschaftskartell unterstützt wurde.

Dazu ist folgendes zu sagen: Nationalrat Bratschi schreibt in dem zu seinem 60. Geburtstag vom Gewerkschaftsbund herausgegebenen Werk «Auf dem Boden der Demokratie»:

Von gegnerischer Seite wird immer wieder versucht, ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund zu konstruieren. Der Versuch wird unternommen, um den Arbeiter vom Beitritt zu den Gewerkschaften abzuhalten. *Ein solches Abhängigkeitsverhältnis besteht nicht.* Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist eine vollständig *unabhängige* Wirtschaftsorganisation. Wahr ist, daß zwischen Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei Beziehungen verschiedener Art bestehen. Vor allem ist richtig, daß die große Mehrheit der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auch Mitglieder irgendeines Verbandes sind, der dem Gewerkschaftsbund angeschlossen ist. Wahr ist auch, daß ein großer Teil der leitenden Personen in den Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Partei angehört und in dieser Partei auch politisch tätig ist.

Die genau gleiche Feststellung kann aber auch von den Beziehungen zwischen Bauernverband und den politischen Bauernparteien, bzw. den bürgerlichen Parteien gemacht werden. Die Mitglieder der politischen Bauernparteien gehören sicher fast ausschließlich einer oder mehreren Organisationen an, die dem Bauernverband angeschlossen sind. Die leitenden Personen des Bauernverbandes sind zum größten Teil auch an prominenter Stelle einer bürgerlichen Partei politisch tätig. Was für den Bauernverband gesagt wird, gilt, eher noch ausgeprägter, für den Gewerbeverband und für den Handels- und Industrieverein. Jedenfalls kann der maßgebende politische Einfluß, den diese Organisationen auszuüben gewohnt sind, im Ernst von keiner Seite bestritten werden.

Selbstverständlich fällt es uns auch nicht ein, zu bestreiten, daß Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratische Partei eine gute Strecke des Weges gemeinsam zurücklegen können. Wie weit dieser gemeinsame Weg geht, darüber entscheidet der Gewerkschaftsbund vollständig frei. Es steht ganz in seinem Ermessen, ob und in welchem Maß er sich mit Fragen befassen will, die auf dem politischen Kampffeld entschieden werden. Er wird sich an solchen Auseinandersetzungen immer dann beteiligen, wenn er oder die angeschlossenen Verbände daran positiv oder negativ interessiert sind, und er wird sich davon fernhalten, wenn kein solches Interesse besteht. Genau so verhalten sich die andern Wirtschaftsverbände unseres Landes, ohne daß daran jemand Anstoß nehmen würde.

Parteilpolitische Unabhängigkeit ist Tatsache

Es wäre jedoch falsch, bei einer Diskussion mit christlich-sozialen Kollegen ausgerechnet nur den Kollegen Bratschi als Kronzeugen anzurufen, da dieser von gegnerischer Seite sofort als einseitig angenommen taxiert würde. Diese Erklärungen sind jedoch trotzdem wertvoll und geben uns Anhaltspunkte. Es ist übrigens durchaus normal, daß die Sozialdemokraten im Gewerkschaftsbund stark vertreten sind, ist doch die Sozialdemokratische Partei eine ausgesprochene *Arbeiterpartei* und der Gewerkschaftsbund vor allem eine Vereinigung von *Arbeitergewerkschaften*. Daß dadurch eine gewisse Parallele der Interessen und der Tätigkeit entsteht, liegt auf der Hand, darf aber in keiner Weise überschätzt werden. Solange gewisse wirtschaftliche und soziale Ziele nur durch die politische Tätigkeit erreicht werden können (was in jedem demokratischen Parteienstaat der Fall ist), sind auch die freien und unabhängigen Gewerkschaften, wenn es ihr Interesse erfordert, auf eine gewisse Anlehnung an die politischen Parteien angewiesen. Wenn also der Gewerkschaftsbund gewisse Forderungen und Absichten der politischen Arbeiterpartei unterstützt, so kann deswegen sicher nicht von einer Abhängigkeit gesprochen werden. Wenn eine Organisation von Fall zu Fall eine andere unterstützt, so ist der unterstützende Teil jedenfalls nicht vom Unterstützten abhängig; eher wäre das Gegenteil der Fall. Tatsache ist, daß es sich um ein vollständig frei gewähltes Zusammengehen von Fall zu Fall handelt. Tatsache ist ferner, daß es zwischen Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei kein gemeinsames leitendes und beschlußfassendes Organ gibt und auch nie gegeben hat, nicht einmal zu einer Zeit, wo die Bindungen noch viel stärker waren. Tatsache ist, daß die schweizerische freie Gewerkschaftsbewegung jeden fremden und vor allem jeden parteipolitischen Einfluß strikte ausschaltet. Es ist eine weitere Tatsache, daß der Anteil politisch maßgebender Sozialdemokraten in leitender Stellung im Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes sehr klein ist und daß dort auch praktizierende Katholiken anzutreffen sind (nicht als Sozialisten, sondern als Gewerkschafter), und Tatsache ist es schließlich, daß der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein ausgesprochener Wirtschaftsverband ist und als solcher, wenn er sich und soweit er sich mit Politik befaßt, vorwiegend *Wirtschaftspolitik betreibt*. Kein Katholik und kein Christ wird, auch wenn er zehn Jahre zurückblättert, auch nur *einen* Beschluß des Gewerkschaftsbundes finden, der nur aus einer materialistischen Sozialphilosophie heraus abgeleitet werden könnte und nicht ebensogut durch Personen vertreten werden könnte, die diesen Beschluß vom Standpunkt des Christentums oder einer ethischen Fundierung sozialer Gerechtigkeit oder aus ähnlichen Erwägungen heraus verteidigen

könnten. Gerade dies ist es ja, was die freien Gewerkschaften ganz besonders bei den doktrinären Kommunisten dermaßen verhaßt macht.

Partei und Gewerkschaft

Die Listenverbindung lokaler Kartelle berührt den Gewerkschaftsbund als solchen nicht, da dieser den örtlichen Gewerkschaftskartellen hierin, wie übrigens ganz allgemein, nichts vorschreiben kann. Diese Listenverbindungen sind aber immerhin eine Tatsache, so daß ich darauf eintreten muß. Der Gewerkschafter ist nicht nur daran interessiert, über Gesetze *abzustimmen*, er hat ebenso starkes Interesse, auch bei der *Abfassung* dieser Gesetze ein Wort mitzureden. Wäre der Gewerkschaftsbund wirklich eine sozialistische Organisation, so wäre es für ihn ein leichtes, sich selber als politische Partei zu deklarieren und selbst in den Wahlkampf zu steigen. Das Prinzip der politischen Unabhängigkeit ist aber eben das tragende Element einer freien Gewerkschaft. Von den Mitgliedern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sind nur ein relativ kleiner Teil Sozialdemokraten. Würde sich der Gewerkschaftsbund nun beispielsweise als sozialistische Partei konstituieren, könnten ihm Tausende von Gewerkschaftern, nicht etwa aus religiösen, aber aus politischen Gründen nicht mehr beitreten, und er würde überhaupt seine jetzige Stellung und seine Funktion verlieren.

Wenn kantonale Gewerkschaftskartelle aber, zum Beispiel bei Nationalratswahlen, Gelegenheit haben, Gewerkschafter, von denen sie wissen, daß sie ihre Interessen vertreten werden, ins Parlament abzuordnen, das heißt wenigstens sie vorzuschlagen, so wäre es politisch unklug, diese Gelegenheit vorbeigehen zu lassen. Wenn die Sozialdemokratische Partei einem Gewerkschaftskartell zum Beispiel die Hälfte der vorzuschlagenden Sitze überläßt, so ist das ein Angebot, auf das man sicher eintreten kann und das dem Gewerkschaftsbund bisher noch von keiner andern Partei gemacht wurde.

Das Wesentliche bei dieser Listenverbindung ist aber die Tatsache, daß sich die Sozialdemokratische Partei in absolut keiner Weise in diese Kandidatenaufstellung einmischet. Die Abgeordnetenversammlung des Kartells wählt frei und nach offener Diskussion ihre Kandidaten. Ich habe selber an einer solchen Versammlung teilnehmen können und dabei festgestellt, daß weder nach der Konfession noch nach der Parteizugehörigkeit eines vorgeschlagenen Kandidaten gefragt wird. In einer demokratischen Abstimmung werden diese Kandidaten schließlich gewählt, und diese verdanken ihre Wahl nicht ihrer Parteizugehörigkeit, sondern einzig dem Umstand, daß sie das Vertrauen der anwesenden Gewerkschaftsvertreter besitzen. Durch dieses System haben die Gewerkschaftskartelle die Möglichkeit, Männer ins Parlament abzuordnen, von denen sie wissen, daß sie vor allem *gewerkschaftliche* Interessen vertreten und för-

dern werden. Das einzelne Mitglied ist übrigens durch diese Abmachung in keiner Weise gebunden, so daß es einer ziemlichen Dosis Voreingenommenheit bedarf, um aus diesen lokalen und von Fall zu Fall eintretenden Uebereinkommen Schlüsse auf eine Abhängigkeit des Gewerkschaftsbundes von der Sozialdemokratischen Partei zu ziehen.

Auch der Vorwurf, daß die lokalen Gewerkschaftskartelle gewisse sozialdemokratischen Zeitungen als offizielles Publikationsorgan benützen, beweist nichts, sonst müßte man jedem Gemeinwesen, das irgendeine Zeitung als amtliches Publikationsorgan benützt, Abhängigkeit von der politischen Partei vorwerfen, deren Ideen diese Zeitung vertritt.

Wenn unter Umständen und in einzelnen Fällen von lokalen Kartellen Gelder für Wahlen oder andere Aufgaben der entsprechenden lokalen sozialdemokratischen Parteiorganisation gegeben worden sind, so kann es sich hier nur um eine Ausnahme und auf keinen Fall um eine allgemeine Praxis handeln. Es müßte dann auch noch genau abgeklärt werden, aus welchen Gründen und aus welchen Erwägungen heraus diese Unterstützung erfolgte.

Marxismus und Gewerkschaft

Der Vorwurf der Abhängigkeit des Gewerkschaftsbundes von einer politischen Partei im allgemeinen und von der Sozialdemokratischen Partei im besonderen ist also nicht gerechtfertigt. Da sich der ganze Kampf der christlich-sozialen Organisationen gegen die freien Gewerkschaften hauptsächlich auf dieses Argument stützt, kommt den vorgehenden Feststellungen eine sehr große Bedeutung zu. Es gibt aber immer wieder Personen, die trotz aller Feststellung und trotz aller Tatsachen, auch wenn diese durch unabhängige Gerichtsurteile untermauert sind, an diese angebliche Abhängigkeit glauben oder besser gesagt von Berufs wegen glauben müssen. Aber auch dann, wenn diese Abhängigkeit bestehen würde, was jedoch nicht stimmt, aber auch dann wäre dies noch kein Hindernis zum Beispiel für einen Katholiken, dem Gewerkschaftsbund beizutreten. Der Marxismus, das heißt die Sozialphilosophie nach Marx, die mit der religiösen Ueberzeugung eines Katholiken nicht vereinbar ist, ist von der heutigen offiziellen Sozialdemokratie der Schweiz aufgegeben worden. Er hat übrigens in seiner atheistisch-matérialistischen Urform in der Schweiz nie bestanden. Aber auch die Dialektik des ausgesprochenen Klassenkampfes und die Anstreben der Diktatur des Proletariates, was von katholischer Seite ebenfalls abgelehnt wird, sind seit 1935 offiziell aus dem Parteiprogramm gestrichen und praktisch schon viel früher verschwunden. Der Marxismus ist nur *eine* Art der politischen Arbeiterbewegung. Selbstverständlich gibt es auch heute noch Marxisten; diese sind jedoch eher bei den

Kommunisten zu treffen. Die Gewerkschaft, die Konsumvereinigungen, Sozialgesetzgebung und anderes mehr sind alles ebenfalls Richtungen der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratische Partei hat keine allgemeinverbindliche Weltanschauung; das einigende Band ihrer Mitglieder ist das gemeinsame Bestreben, das Los der Arbeiterschaft zu bessern. Wenn sich in ihren Reihen nun einige Scharfmacher befinden, die dafür radikalere Wege suchen, so vertreten diese Leute eben ihre Meinung, und das sollte erlaubt sein. Wegen einiger weniger, die übrigens ohne jeglichen Einfluß auf das offizielle Parteigeschehen bleiben, die ganze Partei zu verurteilen, wäre aber ebenso falsch, wie wenn man die Konservative Partei zum Beispiel als faschistische Partei bezeichnen würde, weil seinerzeit einige prominente Leute dieser Richtung mit einem den italienischen Korporationen sehr ähnlichen System oder beispielsweise mit dem rexistischen Faschismus in Belgien geliebäugelt haben. Weder die Sozialdemokratische Partei noch die Konservative Volkspartei haben sich durch solche persönliche Abirrungen einzelner Mitglieder von ihrem guten, schweizerischen Weg abhalten lassen, und es ist deshalb unehrlich und unwahr, wenn der heutigen Sozialdemokratischen Partei von gewisser Seite immer noch Marxismus, Religionsfeindlichkeit usw. vorgeworfen wird. Das mag bei einzelnen Mitgliedern, vor allem in früheren Jahren, zugetragen haben; der heutigen Sozialdemokratischen Partei können solche Vorwürfe aber nur in bewußter oder unbewußter Unkenntnis der Tatsachen gemacht werden.

Wie war es früher — wie ist es anderswo?

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, einmal festzustellen, daß die christlichen Gewerkschaften mit dem Gewerkschaftsbund zusammen in dem von Greulich verwalteten Arbeiterbund waren, als die Sozialdemokratische Partei noch teilweise viel stärker gewissen Ideen des Marxismus huldigte. Es ist weiter überaus interessant zu wissen, daß die christlichen Gewerkschaften in jener Zeit, das heißt im Jahre 1906, in einer Urabstimmung beschlossen haben, dem Gewerkschaftsbund beizutreten, was dieser dann zwar ablehnte. Diese Christen und Katholiken von damals wurden deswegen weder exkommuniziert noch von ihrer kirchlichen Oberbehörde ermahnt. Es ist gut zu wissen, daß schon im Jahre 1887 der spätere Freiburger Professor und Nationalrat *Decurtins* am schweizerischen Arbeitertag erklärte, der Hunger habe keine Konfession und auch die katholischen Arbeiter seien bereit, ihm gemeinsam mit den übrigen Proletariaten entgegenzutreten. Es ist für unsere Vertrauensleute schließlich ganz besonders interessant, zu wissen, daß es zum Beispiel in Deutschland und Oester-

reich keine konfessionellen Minderheitsgewerkschaften gibt und daß auch die katholischen Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs im allgemeinen Gewerkschaftsbund organisiert sind, ohne daran Anstoß zu nehmen, daß auch dort viele Funktionäre des Gewerkschaftsbundes Sozialdemokraten sind. Die nichtkommunistischen Gewerkschaften Italiens sind gemeinsam mit unserm Schweizerischen Gewerkschaftsbund dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen. In England fordert die katholische Kirche ihre Gläubigen in aller Form auf, sich den freien Gewerkschaften der Trade Unions, die mit der Labour Party zusammenarbeiten (ja sogar den größten und einflußreichsten Teil dieser immerhin sozialistischen Partei bilden), anzuschließen. Diese Aufforderung ist nicht etwa eine Erfindung oder eine Annahme, sondern sie wurde durch den katholischen Erzbischof von Westminster anläßlich einer Ansprache an die Delegierten des Weltgewerkschaftskongresses im Jahre 1945 gemacht. Dies alles, wie auch der Antrag einer Minderheit der französischen christlichen Gewerkschaft, aus der Christlichen Internationale auszutreten und sich dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften anzuschließen, wäre aber undenkbar, wenn die von unsern christlich-sozialen Werbe-strategen immer wieder fälschlicherweise behauptete Unvereinbarkeit zwischen Gewerkschaftsbund und katholischem Glauben noch Geltung hätte.

Politische Beweggründe

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zählt heute über 400 000 Mitglieder. Dabei sind auch die katholischen Kantone, wie Freiburg, Luzern, Schwyz, Zug, Tessin usw., überaus stark vertreten. Es würde schon eines pharisäerhaften Dünkels allerersten Ranges bedürfen, alle diese Katholiken als nicht praktizierende oder nicht mehr vollwertige zu bezeichnen.

Aus all diesen Gründen, die ich nun dargelegt habe, bin ich, wie ich schon eingangs erwähnt habe, der Ueberzeugung, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung nicht mehr um eine Sache der Religion, sondern der *Politik* handelt. Die Furcht, ein katholischer Arbeiter, der in einem bestimmten parteipolitischen Milieu aufgewachsen ist, könnte durch den Beitritt zu der freien Gewerkschaft seinen Horizont dermaßen erweitern, daß er an dieses parteipolitische Milieu nicht mehr so felsenfest glaubt wie vorher, ist hier die treibende Kraft. Daß die Religion hier als Druckmittel verwendet wird, kann ich als Katholik nur bedauern und versichern, daß ich nicht der einzige Katholik bin, der diese Art Politik verurteilt. Ich spreche nicht im Interesse der Sozialdemokratischen Partei, der ich nicht angehöre und die ich in gewissen Dingen politisch sogar heftig bekämpfe. Es geht mir aber darum, der Wahrheit Genüge zu

tun, auch wenn es sich um eine politische Richtung handelt, mit der ich nicht einverstanden bin.

Es ist demnach möglich, christlichen Gewerkschaftern die Unhaltbarkeit ihrer Vorwürfe und Anschuldigungen zu beweisen. Das kürzliche Gerichtsurteil im Falle Scheuring kontra Gewerkschaftsbund hat diese Tatsache nun auch gerichtlich unterstrichen, und dieses Urteil wurde nicht etwa von einem aus Sozialdemokraten zusammengesetzten Gericht gefällt, sondern von der Strafkammer des Kantons Basel-Stadt, in der meines Wissens ein einziger Sozialdemokrat sitzt neben Vertretern bürgerlicher und katholischer Weltanschauungen.

Positive Argumente!

Es liegt auf der Hand, daß uns alle diese Tatsachen und Argumente nicht viel nützen, wenn wir es mit einem Fanatiker zu tun haben, der stur an seiner Ansicht festhält und sich gar nicht überzeugen lassen *will*. Es ist aber ebenso klar, daß diese Beweisführung auch bei einem unvoreingenommenen, katholischen Kollegen noch nicht genügt. Wir können diesem gegenüber damit nur die Tatsache festhalten, daß er ohne weiteres dem Gewerkschaftsbund beitreten kann. Er kann aber, ohne unsere These abzulehnen, trotzdem finden, daß er wohl zu uns kommen könnte, daß er aber ebensogut auch der christlichen Organisation beitreten kann; ja, daß er dort, bei aller Anerkennung der freien Gewerkschaft, besser aufgehoben sei. Deshalb müssen wir weitergehen und nicht negative Beweise, sondern vor allem *positive* Argumente finden, die ihn zum Beitritt zu unserer Organisation bewegen.

Einheit und Stärke

Für das braucht es eine *gewerkschaftliche* Weltanschauung. Endziel bleibt das Bestreben, daß wir alle wieder vermehrt von dem großen Gedanken erfüllt werden, der Herman Greulich zur größten Gestalt der schweizerischen Arbeiterbewegung gemacht hat:

Das Bewußtsein und die Erkenntnis, daß nur Einigkeit und Zusammenschluß stark machen, daß die schweizerischen Lohnempfänger nur dann mit Aussicht auf Erfolg für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen können, wenn sie ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession *gemeinsam* für das große Ziel eintreten: kultureller und wirtschaftlicher Wohlstand des arbeitenden Volkes. Herman Greulich hat ein Leben lang für diese Idee gekämpft. Kein Opfer und kein Entgegenkommen politisch Andersdenkenden gegenüber hat er unterlassen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Er scheute sich auch nicht, seine eigene Parteigenossen

in die Schranken zu weisen, und unentwegt hat er den Gedanken hochgehalten, daß, was uns nottut, nicht eine sozialistische, kommunistische oder christlich-konservative Gewerkschaft sein kann, sondern eine von jeglichem Parteizwist losgelöste *freie*, allesumfassende, schweizerische Gewerkschaft. Als er 1925 starb, hat er die heutige Entwicklung noch nicht sehen können, aber die Anfänge waren damals bereits da, und seine Arbeit hat Früchte getragen. Diese Idee der freien, ungebundenen und allgemeinen Zusammenfassung der schweizerischen Arbeiterschaft ist heute im Schweizerischen Gewerkschaftsbund verwirklicht. Jedes Mitglied ist völlig frei, sei es politisch, sei es konfessionell; und doch verbindet uns alle die gemeinsame Erkenntnis, daß wir alle, Protestanten und Katholiken, Deutsch- und Welschschweizer, politisch Rechts- oder Linkstehende, für etwas Gutes kämpfen, zum gemeinsamen Wohl sowohl des Einzelnen als auch des ganzen Schweizerlandes. Der über 400 000 Mitglieder zählende Schweizerische Gewerkschaftsbund ist heute ein Gebilde, das seine Stimme im Lande erheben kann und auch erhebt. Er ist eine Organisation, die für den sozialen Frieden, den wir gerade im letzten Weltkrieg so nötig hatten, mehr getan hat, als alle Doktrinpolitiker zusammen. Und er wird auch in Zukunft, und zwar immer mehr eintreten für Belange, die nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch der Allgemeinheit dienen. Dieses Bewußtsein — man kann irgendwie sagen, diese Weltanschauung — ist es wert, daß es wieder stärker in das Empfinden des Einzelnen getragen wird. Und wenn zu diesem Bewußtsein noch die Erkenntnis kommt, daß in einem konfessionell, sprachlich und ideenmäßig dermaßen vielgestaltigen Lande wie die Schweiz eine solche Bewegung nur auf dem Boden der Toleranz, des gegenseitigen Verständnisses und der Achtung des Bekenntnisses und der Einstellung des andern möglich ist, dann werden wir auch den von gewissen Stellen aufgehetzten katholischen Arbeiter dazu bringen, daß er einsieht, daß sein Platz nicht bei einer vollkommen untoleranten Splittergruppe ist, sondern bei der überwältigenden Mehrheit seiner Arbeitskollegen. Auch er wird einsehen, daß diese Zersplitterung schädlich ist und weder ihm noch seiner Sache nützt. Auch er wird anerkennen müssen, daß es nur gewisse Kreise sind, die an dieser Zersplitterung ein Interesse haben und daß deshalb *sein* Interesse nicht in der Zersplitterung, sondern in der Einheit liegt. Und dann wird er, wenn er zudem weiß, daß sein religiöses Empfinden in keiner Weise verletzt, ja nicht einmal tuschiert wird, den Weg zur freien Gewerkschaft finden, wo wohl «in Politik gemacht» wird, aber nur eine Politik, die auch er verantworten kann und die keiner Partei und keiner anderen Organisation als der eigenen dient.

Werner Auf der Maur, Bern.